

## „Geld fehlt bei notwendigen Investitionen“

Zum Artikel „Mit Freude und Erleichterung“ von Martin Sander und Bernd Benschmidt, LN vom 3. Oktober:

Der oben genannte Artikel bedarf einer Richtigstellung. Das derzeitige Steuerkonzept der SPD sieht für Familienunternehmen eine einprozentige Vermögensabgabe auf den Firmenwert vor. Das ist kein Geld, was auf irgendwelchen Konten vor sich hinschlummert, sondern bereits investiertes Kapital. Also in Menschen, Maschinen, Computer, Immobilien, Know-How. Kurz alles, was eine Firma ausmacht. Bei starken Firmen bedeutet das eine reale Steuererhöhung von 30 bis 40 Prozent und dieses Geld

fehlt natürlich dann bei notwendigen Zukunftsinvestitionen.

Und Investitionen sind wichtig für den Erhalt von Arbeitsplätzen; mit alten Maschinen ist man auf Dauer nicht wettbewerbsfähig. Da es eine Substanzsteuer ist, müsste sie auf jeden Fall gezahlt werden, auch wenn sich die Firma bereits in einer Schieflage befindet. Der Untergang von schwachen Firmen würde also beschleunigt. Das Steuerkonzept in dieser Form schadet im hohen Maße mittelständischen Familienunternehmen (welche in NRW 80 Prozent der Ausbildungsplätze stellen) und den darin tätigen Menschen. Und die Freibeträge

werden nichts nützen.

Zwei Millionen als Firmenvermögen, das sind nur Kleinstunternehmen, wenn man mal bedenkt, dass eine Maschine oft schon eine Million Euro kostet. Es nützt Konzernen, Banken und Privat Equity (laut Müntefering Heuschrecken), in deren Armen die Familienunternehmen getrieben würden. Man könnte es also durchaus als wirtschaftlichen Kamikaze bezeichnen und was es bedeutet, in einem Land ohne Mittelstand zu leben, macht uns ja gerade Frankreich mit seiner hohen Jugendarbeitslosigkeit und seinen starren Staatskonzernen vor.

**Thomas Fischer**  
Lüdenscheid